panorama

1,2 Milliarden für die Türkei

Die USA sind nun doch noch bereit, ihre Hilfe für die Türkei von 200 auf 300 Millionen Dollar aufzustocken; damit wird auch Bonn 300 Millionen spendieren, weitere 600 Millionen sollen die übrigen westlichen Industrieländer aufbringen. Fast eine Woche lang hatte Bundesfinanzminister Hans Matthöfer, der Türkeibeauftragte der Bundesregierung, in Washington vergeblich um die Zugabe der Amerikaner gefeilscht. Matthöfers Gesprächspartner, Außenminister Cyrus Vance, Finanzminister William Miller und Sonderbotschafter Henry Owen, verweigerten zunächst den Zuschlag, obwohl sie die Notwendigkeit massiver Hilfe für die Türkei einsahen. Nach seiner Rückkehr wies Matthöfer die Carter-Administration in drei Telegrammen noch einmal auf die Bedeutung der Türkei-Hilfe hin. Ergebnis: Am Mittwoch vergangener Woche versprach die US-Regierung, die Bedingungen für den zugesagten 200-Millionen-Dollar-Kredit entscheidend zu verbessern und zusätzlich noch 100 Millionen Dollar durch die staatliche Export-Import-Bank bereitzustellen.

Brunsbütteler Pannen

Die Hamburger Elektrizitätswerke (HEW) und das Kieler Sozialministerium streiten mit dem Bonner Innenministerium über eine Betriebsgenehmigung für das Kernkraftwerk Brunsbüttel. Der Atommeiler war im Juni 1978 nach einem spektakulären Störfall abgeschaltet worden, weil das Bedienungspersonal gegen „Anordnungen oder Betriebsvorschriften" verstoßen hatte. Eine neue Betriebsgenehmigung ist nun fraglich geworden, nachdem am 2. März während des Probebetriebs 150 000 Liter leicht radioaktiven Wassers in das Reaktorgebäude geflossen sind, das Bonner Innenministerium aber erst zwei Tage später durch eine dpa-Meldung von dem Unfall erfuhr. Die Ursachen konnten selbst HEW-Leute und Kieler Ministerialbeamte, die zu dieser Zeit zufällig im Bonner Innenministerium waren, nicht nennen. Staatssekretär Günter Hartkopf will jetzt untersuchen lassen, ob die alten Fehler auch Grund für die neue Panne waren: „Es muß auch überprüft werden, ob die Zuverlässigkeit der HEW als Betreiber von Kernkraftwerken überhaupt noch gegeben ist."

Fällt die Sex-Schranke?

Die Apartheid, die auch sexuelle Beziehungen zwischen Weißen und Schwarzen unter Strafe stellt, wird langsam abgebaut: Jetzt hat Südafrikas mächtigste Kirche, die „Nederduits Gereformeerde Kerk", die sich bislang energisch gegen den Abbau der Rassenschranke im Schlafzimmer gesträubt hatte, ihren Widerstand gegen gemischtrassige Verhältnisse aufgegeben. In einer Botschaft an Premier Piet Botha teilten die Reformierten letzte Woche

Apels Späher für die „Stunde X"

In aller Stille hat das von Verteidigungsminister Hans Apel im Sommer 1978 angekündigte Amt für Nachrichtenwesen der Bundeswehr (ANBw) in Bad Neuenahr seine Arbeit aufgenommen. Dutzende von Spezialisten stellen seit Anfang des Jahres täglich für den Führungsstab der Bundeswehr und für die kommandierenden Generale und Divisionskommandeure eine militärische Lagebeurteilung zusammen.

Als Quellen dienen den Militärs nicht nur die Berichte des Bundesnachrichtendienstes (BND) und der alliierten Geheimdienste. Ausgewertet werden auch die Erkenntnisse der an der deutsch-deutschen Grenze stationierten Horcheinheiten, die den Funkverkehr der Warschauer-Pakt-Streitkräfte abhören, die Filme und Meldungen der über Ost- und Nordsee und in Grenznähe fliegenden Marine- und Luftwaffenaufklärer sowie die Berichte der Militärattachées.

Das Amt, das bisher unter dem Namen „Amt für Fernmeldewesen der Bundeswehr" (AFmBw) firmierte, soll nach den Plänen der Hardthöhe bis Ende der achtziger Jahre systematisch ausgebaut und mit hochwertigen Computern und moderner Elektronik ausgerüstet werden. Gründlicher als bisher sollen dann auch alle militärischen und technischen Veröffentlichungen der anderen Seite ausgewertet werden.

Eine erhebliche Zunahme der Informationen versprechen sich die Generale auch von den von der Nato bestellten achtzehn Awacs-Frühwarnflugzeugen, die bei ihren Einsätzen in Grenznähe bis nach Warschau sehen können.

„Dann", so schwärmte ein Nachrichtenexperte der Hardthöhe, „werden wir unseren Kommandeuren zweimal täglich ein fast lückenloses Lagebild geben und ihnen sagen können, mit wem sie es in der Stunde X zu tun haben."

Horchzentrale der Bundeswehr in Bad Neuenahr

mit, sie hätten „keine prinzipiellen Einwände, wenn die Behörden meinen, daß die Umstände ein Überdenken dieser Gesetze rechtfertigen". In Pretoria wird das kirchliche Plazet als entscheidender Durchbruch für Botha gewertet, der von den radikalen Buren unter Andries Treurnicht in der Nationalen Partei als Verräter und „Kaffernboetie" (Negerliebchen) bekämpft wird.

KPI im Pfarrhof

Italiens KP unternimmt neue Anstrengungen, um größere Zustimmung bei der Jugend zu gewinnen. KPI-Chef Berlinguer rief die schläfrige Jugendorganisation der Partei, die FGCI, zu einer großen Sympathien-Werbung unter den jungen Italienern auf. Die rund 100 000 FGCI-Mitglieder sollten nicht mehr bloß in Schulen und Fabriken für die kommunistische Sache streiten, sondern auch „in den Wohnvierteln, den Pfarreien, in Diskotheken, Sportstadien und Konzertsälen präsent sein"; es dürfe für die jungen Kommunisten „keine verschlossenen Türen geben". Die KPI (Stimmenanteil: 30 Prozent) will sich vor den Regionalwahlen im Mai als Partei der Jugend und der „moralischen Erneuerung Italiens" profilieren.

Brot für die Welt

Die Weltmacht UdSSR, die über die größte landwirtschaftliche Nutzfläche aller Staaten der Erde verfügt, bezieht Getreide vom armen Indien, das sich vom Hungerland zum Agrar-Exporteur gewandelt hat. Nach vier Rekordernten brachte selbst die extreme Dürre im vorigen Sommer den Indern keinen Mangel an Nahrungsgetreide; allein die staatlichen Reserven betragen über 20 Millionen Tonnen Weizen und Reis. Im vergangenen Jahr lieferte das Entwicklungsland Nahrungsmittel nach Vietnam, Afghanistan und Indonesien. Die Sowjet-Union möchte jetzt wegen des US-Embargos soviel Weizen wie möglich kaufen und einen langfristigen Liefervertrag abschließen.

Zitat

„Die Polizei setzt speziell ausgebildete Scharfschützen ein, um Attentäter bei günstiger Gelegenheit kampfunfähig zu schießen. Die Beamten treffen mit 60prozentiger Sicherheit. Berechnen Sie unter der Annahme, daß alle Schützen gleichzeitig schießen, die Anzahl der Beamten, die eingesetzt werden müssen, wenn das Unternehmen mit der Wahrscheinlichkeit von 95 Prozent verlaufen soll." (Rechenaufgabe in einem Lehrbuch an bayrischen Fachoberschulen.)